

**BWählerinitiative
Projektgruppe 3. Oktober
Lorenz Reithmeier
Lilienweg 10
21218 Seevetal**

Die Wählerinitiative der Projektgruppe 3. Oktober führt eine Befragung aller Kandidaten und Kandidatinnen der Bundestagswahl 2013 durch. Der Fragenkatalog betrifft das weitere Zusammenwachsen von Ost und West.

1) Was bedeutet für Sie persönlich der Fall der Mauer vor fast 25 Jahren – und was die Deutsche Einheit?

Für die Älteren, die es miterlebt haben:

Jeder, der damals die Bilder im TV gesehen hat, wird sich daran noch erinnern und die Stimmung heute noch nach empfinden können. Ein Land, das durch den schlimmsten Krieg der Menschheit welchen es selber verschuldet hat, wieder als ein gemeinsames Land in der Welt als solches anerkannt wird, ist schon sehr bewegend. Familien die durch den Krieg und dem Bau der Grenze getrennt wurden, fanden wieder zu einander. Irgendwo hatte man sich damit abgefunden, dass dieses Bauwerk für immer stehen bleibt. Wir wurden eines Besseren belehrt, nämlich dass man freie Menschen nicht einsperren kann!

Für die Jüngeren:

Leider waren einige zu jung oder noch gar nicht auf der Welt, um diesen geschichtsträchtigen Tag zu erleben oder sich dessen bewusst zu sein. Durch die Berichte im Fernsehen kann nur ein Teil der Euphorie vermittelt werden. Das wir heute so ein vereintes Deutschland haben, ist der Verdienst von vielen Menschen die es satt hatten eingeeignet zu sein und einer kleinen Panne mit großer Wirkung.

Für beide:

Grenzen sollten aufgebrochen werden und nach und nach verschwinden. Wir leben in einer modernen Welt und Zeit und sollten alte Vorstellung endgültig über den Haufen werfen. Nur ein gemeinsames friedliches Miteinander kann für alle eine geistige wie auch wirtschaftliche Bereicherung sein. Dieses zu vermitteln und zu pflegen sollte unserer aller Aufgabe sein. Diktaturen sind zum Scheitern verurteilt, nur eine freie, gerechte, wahrhaftige und echte Demokratie kann als solche existieren.

2) Welche Aufgaben im Zusammenwachsen der Menschen von Ost und West liegen weiterhin vor uns – und wie wollen Sie sie in Ihrer politischen Verantwortung verwirklichen?

Unser Ziel ist es, nicht mehr über Ost und West zu sinnieren, sondern viel mehr gemeinsam für eine bessere Zukunft in Europa uns gegenseitig zu stärken. Hierfür wird es unerlässlich sein, jede Region anzugleichen, damit keine Benachteiligungen entstehen. Den gemeinsamen wirtschaftlichen Ausbau von Regionen die schwach vernetzt sind voranzubringen und auch neue Märkte zu erschließen. In über 20 Jahren wurde viel gemacht und auch erreicht, wir dürfen jetzt nur nicht damit aufhören. Es ist wichtig für und an die Zukunft zu denken ohne dabei unsere Umwelt zu vernachlässigen.

Eine Verantwortung hat jeder in unserer Gesellschaft und diese sollte von jedem ernst genommen werden. Die Piraten stellen sich dieser Verantwortung auch ohne ein Mandat zu erreichen, denn es ist uns ein Bedürfnis so zu handeln.

Die Abwanderung vieler junger Menschen aus den östlichen Gebieten, besonders den ländlich geprägten, macht uns Sorge. Prinzipiell gilt, dass die Attraktivität des ländlichen Raums gestärkt werden muss. Dies muss nicht zwangsläufig mit einer weiteren Industrialisierung einhergehen. Vielmehr gilt es, die Lebensqualität zu steigern. Aus diesem Grund lehnen wir beispielsweise die Massentierhaltung ab, die wir als zum Verlust von Lebensqualität führend ansehen.

Das bestehende Angebot des ÖPNV muss weiter ausgebaut werden. Weiterhin müssen die Zugangshürden wie hohe Entgelte, komplizierte Entgeltstrukturen und Fahrzeuge mit physischen Barrieren massiv gesenkt werden, um die Nutzung des ÖPNV, auch außerhalb von Ballungsgebieten, attraktiver zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass die verschiedenen Modelle für Fahrscheinlosen ÖPNV in Pilotprojekten getestet werden und unterstützen die Entwicklung alternativer Mobilitätskonzepte.

Einen flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes halten wir ebenfalls für unumgänglich, um alle Teile der Bevölkerung an einem schnellen und ungehinderten Zugang zu Informationen teilhaben zu lassen.

Letztendlich ist aber auch und gerade unsere Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen ein Folge der Illusion von Vollbeschäftigung. Gerade in strukturschwachen Gebieten böte sich bei dessen Einführung den Menschen vor Ort die Möglichkeit, ihrer Kreativität oder auch ihrem Einfallsreichtum hinsichtlich der Gründung von Unternehmen freieren Lauf zu lassen.

Bis zu dessen Einführung wollen wir mit unserer Forderung nach einem branchenübergreifenden und bundeseinheitlichen Mindestlohn in Höhe von ca. 60% des Brutto-Durchschnittsverdienstes (€ 9,02) zudem die wirtschaftliche Einheit Deutschlands verstärken.

Bei Umsetzung unseres Rentenkonzeptes, das die Einführung von Mindest- und Höchstrenten unter der Berücksichtigung von Gesundheitskosten und Inflation vorsieht und bei dem alle steuerpflichtigen Einkommen zugrunde gelegt werden, wobei Bemessungsgrenzen entfallen und auch Selbständige eingebunden werden, sehen wir zudem die beste Möglichkeit, das ungleiche Rentenniveau in Ost und West für beide Seiten akzeptabel aufzuheben.

3) Wie können Sie sich eine Aufwertung des Nationalfeiertags am 3. Oktober vorstellen? Wie stehen Sie zu dem Anliegen, den 3. Oktober als einen Tag unter dem Motto ‚Danken Feiern Beten‘ als öffentliche Veranstaltung unter Beteiligung der christlichen Kirchen in möglichst vielen Orten zu begehen?

Die Wiedervereinigung ist ohne Zweifel ein denkwürdiger Tag. Dieses sollte demnach auch gebührend gefeiert werden. Nicht nur um die Menschen zu ehren die für diese Freiheit gekämpft und auch ihr Leben verloren haben, sondern auch als Zeichen in die Länder zu senden, die durch eine Teilung noch existieren.

Eine durch christliche Kirchen hervorgehobene öffentliche Veranstaltung halten wir für überbewertet. Wer beten und danken möchte kann dieses gerne tun, es steht jedem durch das Grundgesetz frei dies zu tun.

4) Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach für die Politik die jüdisch-christlichen Werte – wie Nächstenliebe, Frieden, Versöhnung, Sonntagsruhe, Würde jeder menschlichen Personl am Lebensanfang und am Lebensende, Ehe und Familie, usw. – im Kontext einer multikulturellen Gesellschaft?

Frieden und Würde sind im Grundgesetz verankert, Nächstenliebe und Versöhnung sollte jeder Mensch für sich selbst beherzigen, alles zusammen genommen ergibt die Menschlichkeit.

Einen Tag aufgrund von Religion als Ruhetag zu reduzieren und daran fest zu halten, ist veraltet und in der heutigen modernen Zeit fehl am Platz. Wichtig ist, dass jede Religion in Deutschland frei ist und diese sich untereinander verständigen, respektieren und achten müssen und sollen. Der Staat soll hier außen vor gelassen werden.

5) Brauchen wir neben einer Kultur des Gedenkens auch eine Kultur des Verzeihens, der Versöhnung und die Überwindung des Schweigens für Opfer und Täter nach dem Ende der DDR? Wie stehen Sie dazu im Hinblick auf die 25-Jahr-Feiern am 09. November 2014 und 03. Oktober 2015? Was sollte bis dahin geschehen und wie sollten diese Jubiläen dazu beitragen?

Es ist begrüßenswert, wenn Täter und Opfer zu einander finden und sich die Hand geben, dass sollte in einer modernen Gesellschaft möglich sein. Hier kann von Seiten der Politik in den nächsten Jahren eine Plattform geschaffen werden.

Einen Link zum Wahlprogramm finden Sie hier:

<http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen/Bund/2013/Wahlprogramm#>